OFFENER BRIEF AN DEN BAYERISCHEN LANDESRABBINER H. I. GRÜNEWALD

J. G. Burg

J. G. BURG

Sehr geehrter Herr Landesrabbiner Grünewald!

Unterzeichneter, der hier beheimatet ist, wendet sich mit diesem Schreiben an Sie, weil Sie in Bayern amtierender Landesrabbiner sind.

Im Jahre 1967 hatte ich mit Ihnen einen Schriftwechsel, an den Sie sich vielleicht noch erinnern werden. Sicher entsinnen Sie sich aber noch an die Affäre, durch die mein Name aus der Kartei der israelitischen Kultusgemeinde getilgt worden ist. Mit der Löschung meines Namens wurde die Löschung meines Lebens im Judentum bezweckt; aber selbstverständlich bin ich Jude geblieben.

Wie kam es dazu? Ich bemühte mich durch meine Veröffentlichungen ein Neuerstehen des Antisemitismus zu verhindern und trat für ehrliche Völkerversöhnung ein. Das paßte nicht in das Konzept der Berufshasser. Man inszenierte eine Rufmordkampagne gegen mich. Dagegen versuchte ich mich nach jüdischer Tradition zu verteidigen. Da bei der Israelitischen Kultusgemeinde das statutenmäßig vorgeschriebene Ehrengericht aber nicht bestand, wandte ich mich daher an Sie, sehr geehrter Herr Rabbiner.

In meinem Brief ersuchte ich Sie, die Drahtzieher der Hetzkampagne zu einem **Boreruth**- (Schiedsgerichts-) Verfahren, unter Ihrer Leitung, vorzuladen. Ich verpflichtete mich im vorhinein, mich Ihrem Schiedsspruch zu unterwerfen, wenn man mir die Vorwürfe: 'ich schadete dem Judentum', 'ich bagatellisierte die Vorgänge während des 2. Weltkrieges', 'ich verkaufte meine Seele der SS' und anderes mehr, beweisen würde. Nach einiger Zeit waren Sie so freundlich, mir mitzuteilen, daß die betreffenden Herren sich weigerten, mit mir an einem Tisch zu sitzen. Mit dieser Absage wandten sich die Herren nicht nur gegen anständige jüdische Tradition, sondern auch gegen das Rabbinat. Die Rufmordkampagne gegen mich wurde erst recht angeheizt. Es wurde die Löschung meines Namens aus der Gemeinde-Kartei verlangt. Sogar Herr Simon Wiesenthal forderte am 2. Juni 1967 öffentlich meinen Ausschluß.

Man schreckte nicht davor zurück, Politgangster auf mich anzusetzen. So wurde ich ausgerechnet auf dem Jüdischen Friedhof tätlich angegriffen. Ich stellte keine Anzeige gegen "Unbekannt", weil ich wußte, daß es zwecklos sein würde. Auf Anraten von Freunden tat ich es später doch. Die pflichtbewußten Polizeibeamten, die mit der Untersuchung beauftragt worden waren, konnten die Täter feststellen, jedoch das Verfahren nicht zu Ende führen.

Dennoch erhielt ich als Abschluß der Ermittlungen den oberstaatsanwaltlichen Bescheid vom 13. Mai 1968, in dem es heißt:

> "Die Ermittlungen haben nicht zur Feststellung des Täters gefährt. (Fehler aus dem Original) Weitere Nachforschungen versprechen zunächst keine Aussicht auf Erfolg. Sollte der Täter nachträglich bekannt werden, werde ich Sie benachrichtigen.
>
> Hochachtungsvoll
> (Lossos)
> Oberstaatsanwalt"

Ich frage mich, ob ein Staatsanwalt Anwalt seines Staates ist oder den zionistischen Atamanen dient. Später avancierte Herr Lossos zum Präsidenten des bayerischen Verfassungsgerichtes, das dürfte Ihnen ja vermutlich nicht unbekannt geblieben sein. Der Erfolg in dem Ermittlungsverfahren ermutigte diese Kreise noch nachdrücklich meinen Ausschluß aus der K-G zu verlangen.

Der Anfang des Schreibens vom 22.2.1968 der Israelitischen Kultusgemeinde München, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, lautet:

> "Die 20 Mitglieder des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde München, haben mit ihrem Rabbiner in einer eigens dafür einberufenen Sitzung einstimmig und mit Nachdruck folgenden Beschluß gefaßt:
> Lange genug haben wir uns den öffentlich begangenen Schmähungen des Herrn ... J.G. Burg, die er als Jude am Judentum verübt hat, korporativ nicht widersetzt"

Dieses Schreiben war zwar nicht unterzeichnet, aber dennoch bedeutete es für mich den Ausschluß aus der Kultusgemeinschaft und mein Name wurde in der Liste gelöscht.

Zu den Vorwürfen gegen mich wurde ich nicht gehört, obwohl die talmudischen Vorschriften und die rabbinische Tradition eine dreimalige Aufforderung vorschreiben, bevor eine Verurteilung möglich ist.

Heißt es nicht im Talmud Traktat Sanhedrin 7 u.a.:

> "Das Gericht darf keinen Prozeßgegner anhören, bevor nicht auch der andere zugegen ist"

War ich zugegen?

> "Es muß ausdrücklich vermerkt werden, daß das mosaische rabbinische Strafrecht sich insoweit von den heutigen Strafgesetzbüchern unterscheidet, als es ein Nichtwissen des Gesetzes oder einen Irrtum als Entschuldigung gelten läßt; es kann darum keine Strafe angewendet werden, wenn nicht der Täter "verwarnt" worden ist (Hathroah). Selbst der Gesetzkundige muß "verwarnt" worden sein, denn weiß er auch das Gesetz. so kann er doch aus Irrtum gefehlt haben (Maimonides-Hilchot-Sanhedrin, 12, 2)."

Ich befürchte, geehrter Herr Landesrabbiner, Sie haben sich für politische Zwecke mißbrauchen lassen.

Die Verletzung talmudischer Vorschriften und rabbinischer Gesetzgebung kann nicht mit politischer Argumentation begründet werden. Aber, was haben politische Probleme mit Kultusfragen zu tun? Trotz alledem wünsche ich niemandem Böses, nicht einmal ein Ordal.

Im Traktat Ketubbot 110 heißt es:

> "Wer im heiligen Land wohnt, ist wie einer, der einen Gott hat; und wer nicht im heiligen Land wohnt, ist wie einer, der keinen Gott hat."

Das kann doch nur bedeuten, daß ein Israeli, der Israel verläßt, seinen Gott verlassen hat, oder?! In Palästina waren Sie, verehrter Herr Landesrabbiner, im Buchhandel tätig. Israel verließen Sie, um in der Bundesrepbulik [sic] das Amt eines Rabbiners zu übernehmen. Der Ausschluß war politische Machination, und Sie wurden als Transparent benützt. Deshalb war ich über meinen Ausschluß aus der Gemeinde nicht betroffen und habe auch keinen Einspruch erhoben.

Trotzdem wende ich mich an Sie als Rabbiner und nicht an einen Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland. Den Zentralrat halte ich für so festgelegt, daß seine führenden Personen weder gute Juden, noch weniger gute Deutsche sein können. Deren Tätigkeit ist anti-jüdisch und anti-deutsch und nicht einmal immer im Sinne von Zion-Jerusalem. Die führenden Personen der Juden In Deutschland dienen demnach nur dem Gott Mammon. Jerusalem verhängte gegen Deutschland den **Cherem** (Bann) und untersagte den Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in Deutschland. Aus Selbstsucht und Karrieregründen setzte man sich darüber hinweg.

Es wurde allen nachgesagt, die nicht nach Israel ziehen wollten, sie würden wegen des Schwarzhandels in Deutschland bleiben. Diese Anschuldigung erhob die Sochnuth, die Dachorganisation der politischen Parteien Israels, am 7. August 1950.

Im März 1960 traf der bekannte USA-Publizist, Schlomo Ben Israel, die Feststellung:

> "Der größte Teil dieser Juden ist Müllabfall, eine Müllkiste des jüdischen Volkes."

Im November 1960 besuchte der hessische Landesrabbiner, Dr. Lichtigfeld, Israel. Dort erklärte er:

> "Obwohl die Juden in Deutschland in den Logen und den zionistischen Organisationen wieder ein kulturelles Leben beginnen, leisten sie für Israel gar nichts, obgleich sie wirtschaftlich dazu in der Lage wären."

Ich als nicht-zionistischer Jude fühle mich nicht angesprochen. Trotzdem - oder gerade deswegen - sind die Führer der Juden in Deutschland die aktivsten und radikalsten Anhänger des aggressiven israelischen Zionismus. Die Ben-Gurionisten beschuldigten die in der Diaspora wirkenden sog. Zionisten der Heuchelei. Aber sie schlossen 1952 und 1954 einen "Bund" (Vertrag) mit der zionistischen Weltorganisation, nachdem es den Diaspora-Zionisten erlaubt wird, alle die Dinge zu tun, bei denen sich Israel offiziell nicht exponieren kann. Damit ist die zionistische Weltorganisation zur "Fünften Kolonne" Israels degradiert worden.

In der ersten Mai-Woche 1974 durfte sich ein Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland als Bruder in einer Loge rühmen, daß:

> "Außenminister Scheel brachte in einem vertraulichen Schreiben an Saudi-Arabien die Meinung zum Ausdruck, daß die Grenzen von 1967 (gemeint sind die Grenzen Israels, Burg) gerechtfertigt wären, später korrigierte er diese Meinung."

a. Wie kann und darf ein x-beliebiger Bürger von "vertraulicher["] Korrespondenz erfahren? Nach § 93 des Strafgesetzbuches ist dies strafrechtlich verfolgbar.
b. Wer veranlaßte die ministerielle Korrektur?
c. Ist es schon so weit, daß man nicht mehr solche Dinge geheimhalten muß? Darf sich Ähnliches jeder 'Mayer' oder 'Huber' ungestraft erlauben?
d. Fragt nicht auch der Fußvolkangehörige, wer eigentlich in Bonn das Sagen hat?
e. Führt nicht auch ähnliche Chuzpe zum Anwachsen des Antisemitismus?

Die Herren des Juden-Rats nahmen Ereignisse von großer Bedeutung nicht zur Kenntnis. Wenige Beispiele wollen kurz erwähnt werden.

Am 27.3.1952 wurde ein Attentat auf den großzügigen Befürworter bundesdeutscher Reparations- und Wiedergutmachungszahlungen, Dr. Adenauer, versucht. Ein an Adenauer gerichtetes Paket wurde von einem Sprengmeister der Polizei geöffnet. Es explodierte und der Polizist fand den Tod. Warum darf dieser Fall bis heute nicht aufgeklärt werden?

Vor der 6. Bundestagswahl äußerte Jerusalem seine Sorge vor einem Regierungswechsel in Bonn. Um den Wechsel zu verhindern, bemühte sich Israels Vertreter, Ascher Ben Nathan, in der Bundesrepublik einer Rechtskoalition in den Sattel zu helfen. Deshalb verschaffte man sogar Adolf von Thadden, dem Vorsitzenden der NPD, die Möglichkeit, Verbindungen mit israelischen und britischen Massenmedien aufzunehmen. Auch hier tritt eindeutig der Interessengegensatz zwischen den Zionistenführern in Israel und der BRD zutage. Während Herr von Thadden als Führer der NPD von den BRD-Zionistenführern als 'Antisemit' und 'Neonazi' angefeindet wurde, galt er bei den Zionisten Israels als koscher. In einem bundesdeutschen Monatsheft, das von den zionistischen Kulturzensoren als rechts-radikal, somit antisemitisch, eingestuft wurde, hindert es die israelische Publicity nicht, in diesem Heft bezahlte Inserate der israelischen Fluggesellschaft El-Al zu bringen. Diese zwei Beispiele von mehreren Zitaten beweisen, die Richtigkeit der vorhergenannten Bemerkungen, daß die BRD-Zionisten nicht immer im Sinne Jerusalems agieren.

Am 13.2.1970 geriet das Vordergebäude der israelitischen Kultusgemeinde in der Reichenbachstraße in München in Brand. Sieben jüdische Menschen wurden "vergast". Nach kurzer Zeit wurden die Ermittlungen offiziell eingestellt. Aber die gleichen Behörden verfolgen nach über 32 Jahren mit Akribie einen gleichartigen Vorgang. Während der Zentralrat der Juden in Deutschland aufs Genaueste darauf achtet, daß das Rollen der NS-Prozesse nicht unterbrochen wird, waren sie an einer Aufklärung des Falles in München, Reichenbachstraße, nicht interessiert.

Wie sagt Lessing in Nathan der Weise, A. 4,2:

> "Tut nichts! Der Jude wird verbrannt!"

Die Ereignisse bei den Olympischen Spielen in München, September 1972 und in Fürstenfeldbruck, forderten das Leben von unschuldigen Opfern. Diese markabren [sic] Geschehnisse erregten weltweites Aufsehen. Auch hier ist man bestrebt, alles im Dunkeln zu belassen.

Kann man nicht davon ausgehen, daß dem Zentralrat bekannt war, daß kompetente Personen, lange vor den Ereignissen, gewarnt wurden? In diesem Zusammenhang soll bemerkt werden, daß Dokumente existieren, die Bonn schwer kompromittieren.

Die zionistischen Führer scheinen in den genannten Fällen an einer Aufklärung nicht interessiert zu sein.

Auf dem "Jüdischen Weltkongreß", im August 1966, in Brüssel erklärte der Präsident und Hauptreferent, Dr. Goldmann, u.a.:

> ". . . . Die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher ging denn auch auf seine (des jüdischen Weltkongresses) Initiative zurück."

In dem 1970 in der BRD verlegten Buch "Staatsmann ohne Staat" erzählt Dr. Goldmann auf Seite 272 u.a., daß:

> "Der Kongreß (gemeint ist der "Jüdische Weltkongreß", Burg) schuf damals (etwa 1943/44) ein Institut für jüdische Fragen, um auch auf diese Weise durch entsprechende Vorarbeiten dafür Sorge zu tragen, daß die Nazi-Verbrecher nicht ungestraft davonkamen und ein Maximum an Wiedergutmachung seitens des besiegten Deutschlands sichergestellt wurde."

Mit Rettungsaktionen befaßte sich kein Zionologe. War doch ihre Bastion die gewinnbringende Auschwitze. Und auf Seite 358 heißt es:

> "In der Frage der Nazi-Verbrecher, eine nicht einfache und für viele Deutsche sehr unbequeme Frage, wobei wahrscheinlich bei einer Volksabstimmung eine Majorität die sofortige Beendigung der Prozesse gewünscht hätte - . . . Nicht unerwähnt soll jedoch bleiben, daß Bundeskanzler Kiesinger im letzten Stadium der Diskussion über die Naziverbrechen, an der ich immer wieder beteiligt war, positiv mitgewirkt hat."

Muß noch ein Kiesinger, der Dank seiner Vergangenheit erpreßbar war, unter Druck gesetzt werden, um die NS-Prozesse zu verewigen? Warum wurde er von einer haßkranken Provokateurin geohrfeigt?

Zionologen beeinflußten die Alliierten in den Staatsvertrag mit Bonn den Passus 'NS Prozesse' aufzunehmen und der BRD die Pflicht aufzuerlegen, diese bis in alle Ewigkeit zu führen. Daher konnte ich einem 1968 von mir verfaßten Buch den Titel geben, "NS-Verbrechen, Prozesse des schlechten Gewissens, von Deutschen gegen Deutsche unter Zions Regie geführt". Ein schlechtes Gewissen hatten die Führer der Juden in Deutschland nicht, aber vielleicht die Bonner Demokraten.

Die Tübinger Wickert-Institute veranstalteten im Februar 1965 eine Meinungsumfrage, ob die NS-Verbrecherprozesse weitergeführt werden sollen oder nicht. Befragt wurden nur Erwachsene. 63 Prozent aller Männer und 76 Prozent aller Frauen waren f ü r eine Beendigung der Verfolgung von NS-Taten.

Da nun Volkes Stimme Gottes Stimme ist, wäre es doch recht und billig, wenn Bonn sich danach richten würde.

Als "echte Demokraten" mißachten die Zionsführer und Bonn die Stimme Gottes und betreiben weiterhin wacker Kriegsverbrecher-Prozesse. Das alles verursacht selbstverständlich ein beschleunigtes Anwachsen des Antisemitismus in der BRD.

> "vox populi vox Dei"

deuten die Regisseure der NS-Prozesse, daß i h r e Stimme die Stimme Gottes ist.

Der Ausdruck "Antisemitismus" ist so gebräuchlich, daß er hier benutzt werden soll, obwohl er irreführend ist. Semiten sind auch die Araber. Aber diese sind nicht gemeint. Übersetzt wird der Ausdruck mit "Judengegnerschaft". Aber Antisemitismus ist heute praktisch nur gegen die Zionisten gerichtet.

In den Schlußtagen des Monats Februar 1977 geriet wieder der Name "Heß" ins Rampenlicht der Weltmassenmedien. Es hieß, daß er einen Selbstmordversuch gemacht haben soll. Wie erbärmlich arm müssen jene Staaten sein, die zwar über ein Mordarsenal verfügen, das die ganze Menschheit umbringen könnte, aber Alpträume haben, wenn es um die Freilassung des 82jährigen Rudolf Heß geht.

Die 'Bunte' vom 31.1.74 weiß auf Seite 81 im Fall Heß u.a. zu berichten:

> "Ostberlin äußert die Ansicht, eine Begnadigung von Heß müsse Bonn beantragen".

Wurde von Bonn jemals ein diesbezüglicher Antrag gestellt? Deshalb sind Grußtelegramme von politischen Persönlichkeiten an Einzelaktionen zu Gunsten des in Spandau inhaftierten Heß naiv und irreführend.

Weiter heißt es in der 'Bunten' den wahren Tatsachen entsprechend:

> "Moskaus überraschende Milde hat auch einen aktuellen Grund. Denn im vorigen Jahr hatte sich eine bisher in dieser Sache auch rechtlich ganz unbeteiligte Seite zu Wort gemeldet: Israels Außenminister Abba Eban, sprach sich in Bonn nachdrücklich gegen eine Entlassung des prominenten Häftlings aus."

Muß wirklich immer und überall der Vertreter eines Gnomländchens seine Nase dazwischenschieben und Befehle erteilen? Trägt nicht auch dies zum Anwachsen des Antisemitismus bei?

Das „freiheitliche, demokratische, humane Abendland“, das auf einer ihrer Transparente mit Phosphorschrift "Nächstenliebe" schrieb, bedient sich im Falle Heß wie der schlaue Dieb, der seinen Zeigefinger gegen andere streckt. Während Belgien, Holland und Italien ihre deutschen "Kriegsverbrecher" nicht in die Freiheit entlassen wollen, wo doch dort der Kreml wahrlich nichts zu sagen hat, schieben sie im Fall Heß die Schuld allein auf die Sowjets, während in Wirklichkeit das Diktat vom Jerusalemer Außenminister befolgt wird. Moskau würde aus verschiedenen Gründen Heß bestimmt freilassen, wenn Bonn und seine Verbündeten es nur wünschten. In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß Moskau X-Tausend "deutsche Kriegsverbrecher" dem Bundeskanzler Adenauer bei seinem Moskau-Besuch in die BRD Freiheit entlassen hatte.

Aber Hand aufs Herz, wenn es in unserer heutigen Welt mit rechten Dingen zugehen würde, und eine wahrheits- und feigenblattfreie Forschung möglich wäre, würde man ohne Schwierigkeiten feststellen, daß so mancher aus meinem Volk ein viel größeres Maß an Schuld, was die Ermordung der "6 Mill." Juden betrifft, auf sich geladen hat, als ein halbes Dutzend Heß'.

Mit Heß verhält es sich wie mit Adolf Eichmann, die müssen auf irgendeine Weise umgebracht werden, damit sie nicht die Möglichkeit erhalten, ungestört und in aller Öffentlichkeit ihr Wissen in der Judenfrage zu verkünden, das würde den Geschichtsklitterern einen Strich durch die Rechnung machen.

Hat nicht nach dem Silbermann-Bericht jeder zweite Bürger der BRD "was gegen die Juden?" Ist das immer noch nicht genug? Strebt man doch den goldmannschen, gewinnbringenden, offenen Antisemitismus an? Die gezielte Verdummungspädagogig [sic] macht sogar den Gebildetsten, der in spezifisch jüdisch-zionistischen Dingen nicht zu Hause ist, zum politischen Analphabeten. Er unterscheidet nicht zwischen Zionist und Jude. Er weiß nicht, daß der Zionist sich in diesem Lande alles, aber im Sinne des Wortes, alles erlauben darf, während der nichtzionistische Jude im freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat im Sinne des Wortes "Freiwild" ist. Freiwild werden wir alle, wenn es den offenen antisemitischen Aposteln gelingt, morgen wieder Auschwitze zu errichten.

Während Israel und sogar Dr. Goldmann an der ständigen Weiterführung von NS-Prozessen kein Interesse mehr zeigen, fordern oder betreiben die zionistischen Führer in der BRD, und ganz besonders Simon Wiesenthal, weitere Prozesse.

Etwa Anfang April 1971 erklärte der Direktor des Institutes für Kriminalogie [sic] an der Jerusalemer Universität, Dr. Israel Drapkin, daß Israel die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern eingestellt habe.

Israels Außenminister, Abba Eban, erklärte im Oktober 1971 in einem Fernsehinterview, daß nach dem Eichmann-Prozeß an weiteren NS-Prozessen kein Interesse mehr bestehe.

Dr. Goldmann schreibt in "Staatsmann ohne Staat", Seite 368:

> "Ich habe wenig Verständnis für manche jüdischen Gruppen, die sich ausschließlich darauf verlegen, jedes kleinste Nazi-Verbrechen aufzuspüren" . . .

Die Judenratler in Deutschland und Herr Simon Wiesenthal haben sich diese vernünftige Auffassung nicht zu eigen gemacht. Ihre haßerfüllte Tätigkeit ist eindeutig gegen jede echte Völkerversöhnung gerichtet, insbesondere der jüdisch- deutschen. Sie sind damit die Haupttreiber für das rapide Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland.

Im Mai 1976 hat Herr Prof. Dr. Silbermann die Ergebnisse zweijähriger Arbeit seines Kölner Forschungsinstitutes für Soziologie bekanntgegeben; untersucht wurden:

> "Ausmaß und Erscheinungsform des antisemitischen Vorurteils in der heutigen bundesrepublikanischen Gesellschaft".

Das Ergebnis war erschütternd. Jeder zweite Bundesbürger ist Antisemit.

Da Dr. Silbermann Jude, aber nicht Zionist ist, geriet er deswegen in die Schußlinie der 5. Kolonne, weil er laut gedacht hatte. Sie

wünschen zwar den Antisemitismus, möchten aber nicht als die Förderer erkannt werden. Man versuchte, seine wissenschaftliche Arbeit ins Lächerliche zu ziehen. Mit diesem Resultat der Untersuchung konnte nur Zions fünfte Kolonne zufrieden sein. Deren Haupttätigkeit darin besteht, den für sie nutzbringenden Antisemitismus zu provozieren.

Dr. Nahum Goldmann drückte es seinerseits, als er noch Präsident der zionistischen Weltorganisation war, so aus:

> "Der augenblickliche Verfall des offenen Antisemitismus könnte eine neue Gefahr für das jüdische Überleben darstellen . . ."

Die Aktivsten der fünften Kolonne haben noch schlaflose Nächte, weil der Antisemitismus noch immer nicht so offen erscheint, wie es der Wunsch der Goldmannologen ist. Dem abzuhelfen, hat sich auch Herr Simon Wiesenthal, der jüdische Eichmann übelster Sorte, bemüht. Rampenlichtsüchtig sorgt er oft für Schlagzeilen in der Presse.

Wiesenthal verklagte sogar den österreichischen Bundeskanzler Kreisky. Von Kreisky wurde ihm seine Maffia-Tätigkeit vorgehalten. Als er sah, daß er mit seiner Klage ein Eigentor geschossen hatte, zog er sie zurück. Darüber hinaus verpflichtete er sich öffentlich, seine Tätigkeit als Menschenjäger in Österreich einzustellen. Warum diese Kehrtwendung?

Wiesenthal beachtete nicht die Weisheit aus dem Talmud-Traktat Kiduschin 70 a

> "Wer andere verleumdet, enthüllt damit seine eigenen Fehler".

Und Fehler hat der gute Simon Wiesenthal mehr als genug.

Falls der österreichische Bundeskanzler nicht selbst in der Lage gewesen sein sollte, seinen Behauptungen gegen Wiesenthal genügend Beweiskraft zu verleihen, so wurden ihm diese Beweise von anderer Seite angeboten.

Die Affäre wirbelte so viel Staub auf, daß Kreisky mehr Beweismaterial bekam, als er brauchte. So auch durch den österreichischen Generalkonsul in München, am 17.11.1975.

Wiesenthal hatte seinerzeit vor, seine Tätigkeit ganz auf die Bundesrepublik zu konzentrieren. Aber auch hier wurde er in einige Prozesse verwickelt. Gegen Vorwürfe ging Wiesenthal mit Strafanzeige vor.

Sehr geehrter Herr Rabbiner, ich bin informiert, daß gewisse Personen und gewisse Kreise die Tätigkeit Wiesenthals nicht mehr stillschweigend hinnehmen können und werden. Diese Kreise verfügen über genügend Material, um die "Sünden" Wiesenthals aufzudecken. Ich persönlich konnte Unterlagen aus Gerichtsakten und vom Internationalen Suchdienst in Arolsen einsehen. Es wird beabsichtigt, massive Strafanzeige gegen Wiesenthal zu erstatten.

Ich war dankbar, das Vertrauen besessen zu haben, in den verschiedenen Unterlagen einsehen zu dürfen. Die Tatsache allein, vorerst nichts zu unternehmen, bis nicht eine Stellungnahme der BRD-Rabbiner-Konferenz erfolgt ist, beweist, daß diese Leute Interesse haben, mit den Bürgern jüdischen Glaubens in Frieden zu leben und nicht mit Wiesenthal zu prozessieren. Die Zionisten der BRD sind Bürger dieses Landes, ihre Hauptaktivität aber widmen sie dem Staate Israel; wogegen jene Personen, die im Besitz des Materials gegen Wiesenthal sind, die BRD natürlich als ihr Vaterland betrachten und sich dementsprechend verhalten.

Auch diese Tatsache liegt auf meinen schwachen Schultern, Ihnen werter Herr Landesrabbiner zu schreiben und Sie zu bitten, in Sachen Wiesenthal initiativ zu werden.

Machen Sie sich doch bitte, verehrter Herr Rabbiner, die weise Einsicht Ihres USA-Kollegen, Jacobs, zu eigen. In den USA beginnen sich langsam, aber merklich amtierende Rabbiner von der schädlichen Bevormundung der fünften Kolonne Zions zu befreien. Das folgende Zitat informiert ausführlich:

> "Warnte zum Jahreswechsel 1976 Rabbiner Steven Jacobs in Los Angeles seine Gemeinde 'Tempel Judea' vor den Gefahren einer Selbstisolierung, wenn sie sich nur den Sorgen in bezug auf den Staat Israel und die russischen Juden hingeben und dabei ihre Umwelt vergessen".

Ist es eine Sünde, sehr verehrter Herr Landesrabbiner, Sie zu erinnern, daß unsere Umwelt die Auschwitze waren?

Ein Versuch, Wiesenthal zu kidnappen ist gescheitert. Sollte einmal Erfolg beschert sein, was dann?

Die Behörden werden nicht umhin können, sich ernsthaft mit Wiesenthal zu befassen, wenn Anzeigen erfolgen. Das ist der Anfang vom Ende Wiesenthals. Es wird Staub aufwirbeln und den seinerzeitigen Auerbach-Skandal in München um Vieles übertreffen.

Die "Alljuda"-Theorie - einer für alle und alle für einen - ist nie aus der Mode geraten. Die Schandtaten eines Angehörigen unseres Volkes mußten immer schon alle büßen. Daher sollte der jüdische Eichmann übelster Sorte von seiner miesen weiteren Tätigkeit zurückgehalten werden. Der andauernde Rachezug des Rampenlichtsüchtigen hat längst schon die Grenzen der Schizophrenie überschritten. Kein normaler Mensch, der etwas von Ehre hält und Charakter besitzt, kann sich auf die Dauer so etwas bieten lassen.

Der jüdische Eichmann verstößt mit seinen Schnüffeleien nicht nur gegen humane, weltliche Begriffe, sondern auch gegen Bibelgebote und Talmudlehren. Auch dies fordert die Seelsorger auf, sich mit dem Komplex 'Wiesenthal' zu befassen. Wiesenthals Untaten lassen sich auch in den Begriff "Kultus" einrahmen.

> "Mein ist die Rache und Vergeltung"

heißt es im 5. Moses, 32, 35. Es ist schon mehr als eine Anmaßung, wenn Wiesenthal die Rolle Jehovas spielen will. Hillel wiederum lehrt, wie im Talmud-Traktat, Sabbath 31 a ersichtlich ist:

> "Was Dir nicht recht ist, das tue auch Deinen Nächsten nicht."

Der alte Römer Vergil, der keine Auschwitze Zeit auskosten mußte, wußte zu schreiben:

> "Unglück hat mich gelehrt, Unglücklichen Hilfe zu leisten."

Wer wirklich die Auschwitze Aera miterlebt hat, wird anderen Ähnliches nicht wünschen. Ausnahmen bilden jene, deren Hirnkästchen mit Rost belegt ist und deren Seelen Schimmel angesetzt haben. Einer, der sich Jude nennt, aber sich Folgendes nicht zu eigen macht,

> "Grausamkeit und Hartherzigkeit sind nicht Charakterzüge der Kinder Abrahams." (Maimonides in Hilchoth Abadim 9, 8)

ist verdächtig.

Papst Pius XII. wurde unter Zion-Regie deswegen angeprangert, weil er angeblich geschwiegen haben soll, als in den Auschwitzen Juden umkamen. Wäre es daher nicht angebracht, wenn eine Rabbiner-Konferenz nebst Thema Wiesenthal sich auch parallel mit dem Spandauer 82jährigen kranken Sträfling befassen würde, um von den vier Berliner Besatzungsmächten seine Befreiung zu erbitten? Es wäre eine einmalige Gelegenheit, die Richtigkeit obigen Zitats zu beweisen.

Jeder Rechtdenkende wird, wenn es um das Saubermachen geht, zu allererst vor seiner Türe kehren. Unser Eichmann steckt wahrlich tief im Unrat. Daher ist es richtig, wenn es in Joma 23 a heißt:

> "Wer die Vergehen seines Nächsten verzeiht, dem wird verziehen."

Wiesenthal ist der potentielle Auschwitzer Architekt von Morgen.

Sein Werken muß gebremst werden. Mit satanischer Energie bemüht er sich, der nachkommenden Generation unseres gastfreundlichen Volkes das Kainzeichen 'Judenmördernachkommende' auf die Stirn zu ätzen. In den früheren Regimen der Oststaaten hörte man oft genug, daß alle Juden bis in alle Ewigkeit die Schuld an der Kreuzigung Jehoschua-Jesu zu tragen habe. Hat das die westliche Welt vergessen? Ist es in der westlichen Welt aus der Mode gekommen? Dies wird zu ewigem Unfrieden führen und Haß zementieren. Daher heißt es doch im Talmud Traktat Gittin 59 b:

> "Die ganze Tora ist nur wegen der Sitten des Friedens gegeben, um den Frieden unter allen Menschen herzustellen."

Wenn es "allen Menschen" heißt, sind ja auch Nichtbeschnittene gemeint.

Wiesenthal torpediert alle Bemühungen, durch Versöhnung das Morgen anders zu gestalten als das Gestern. Er treibt das Wollen der Wochen der Brüderlichkeit ad absurdum. Endeffekt wird der offene Antisemitismus sein. Wir, im Gegensatz zu den Wiesenthals, können ihn wahrlich nicht gebrauchen.

Da Wiesenthal quasi eine Institution geworden ist, wird das Bekanntwerden von kompromit[t]ierenden Unterlagen nicht nur ihn selbst treffen. Wie üblich in solchen Fällen, wird das bundesdeutsche Judentum zu büßen haben.

Mein Wirken ist gegen das Anwachsen des Antisemitismus gerichtet. Es ist mein Bestreben, eine öffentliche Erörterung der Unterlagen über Wiesenthal zu verhindern.

Das könnte geschehen, sehr geehrter Herr Rabbiner, wenn Sie die Überzeugung gewinnen würden, daß sich eine Rabbiner-Konferenz speziell mit dem Fall Wiesenthal befassen sollte. Meines Erachtens sollte diese Konferenz nach jüdischer Tradition erfolgen und Wiesenthal durch ein Boreruth-Schiedsspruch veranlaßt werden, öffentlich zu erklären, daß er sich von seiner Dokumentationstätigkeit gänzlich zurückzieht. Da er das Rentenalter erreicht hat, wäre ihm die Ruhe doch zu gönnen. Sollte das nicht genügen, dann sollte ein Din Thora Verdikt erlassen werden, das ihm seine bisherige Tätigkeit untersagt. Wenn sich Herr Wiesenthal darüber hinwegsetzt, sollte das Rabbinat die in solchen Fällen übliche Konsequenz ziehen.

Eventuelle Bedenken, daß die Sache des jüdischen Eichmanns keine "Kultusprobleme" aufwerfen, darf ich an den Fall "Burg" erinnern, der wahrlich auch keine "Kultusangelegenheit" war. Im Fall Burg waren Sie, verehrter Herr Rabbiner, aktiv, eine nicht vergebende Sünde wäre es, im Falle Wiesenthal sich passiv zu verhalten.

"Im Non-involvement der Nichteinmischung verharren zu wollen und Es-geht-mich-nicht-an-Stellung einzunehmen, wird niemanden von der bitteren Verantwortung befreien, rechtzeitig und energisch nichts unternommen zu haben."

Für das Gewissen, nichts unternommen zu haben, wird es ein erdrückender Ballast sein.

Lassen wir uns auch von Friedrich Schiller belehren, der in Piccolomini A. 3, 3 sagen läßt:

> "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend, immer Böses muß gebären."

Unser aller-heiligster Wille aber müßte sein, den Kreis des Hasses zu sprengen.

Dieser Brief wurde in Sorge geschrieben, denn an Folgen der Sünden Wiesenthals wird jeder Jude in der BRD zu leiden haben.

Daher, geehrter Herr Landesrabbiner, mein innigstes Anliegen an Sie, lassen Sie bitte den Inhalt dieses Schreibens allen Ihren Amtskollegen zugehen, mit der Bitte verbunden, schleunigst eine Bundeskonferenz der Rabbiner einzuberufen mit dem einzigen Tagesordnungsthema "Fall Wiesenthal".

Ich flehe Sie an, Herr Landesrabbiner, dies alles hier geschilderte nicht als Tatarenbericht aufzufassen. Umgehende Antwort auf alle hier erwähnten Fragen tut Not. Wir sitzen nämlich alle in einem Boot. Und leider gelang es den Wiesenthals aller Nuancierungen, dieses Leck zu schlagen.

Der Brief wurde auch unter dem Eindruck der Bibelstelle 3. Moses 19, 17 geschrieben:

> "Du sollst Deinen Nächsten ernstlich zurechtweisen, damit Du nicht seinetwegen Schuld tragest."

Auch der Inhalt dieses Briefes könnte mit Schweigen übergangen werden, sehr verehrter Herr Landesrabbiner, aber man würde sich der Anschuldigung aussetzen, dem Anwachsen des Antisemitismus durch Verschweigen Vorschub geleistet zu haben.

Der Inhalt dieses Schreibens wird inform einer Broschüre der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Der Schreiber dieses Briefes wünscht Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrabbiner, viel Erfolg und bedankt sich im vorhinein für Ihr Bemühen und er verbleibt in diesem Sinne, Ihnen alles erdenklich Gute wünschend mit

S c h a l o m - G r u ß

J. G. Burg

Starnberg, am 25. März 1977

Ederer-Verlag, 8000 München 19, Elvirastraße 14, März 1977, 1. Auflage

---